



Herrn

Bautzen, 12. Februar 2025

Sehr geehrter Herr

in der Sitzung des Stadtrates am 29. Januar stellten Sie den Anwesenden und mir die Frage, wie unsere Stadt Bautzen aussehen solle und welche öffentliche Wahrnehmung wir uns vorstellen. Wir sind uns sicher einig, dass wir diese Frage für uns klar und sehr deutlich zu beantworten wissen. Ihre weiteren Bemerkungen zu Toleranz und Weltoffenheit trage ich gleichfalls ohne jede Einschränkung. Doch leider gibt es Menschen, die dazu eine andere Anschauung haben. Das absurde daran: einerseits dürfen sie Ihre Meinungen auf dem Boden des Grundgesetzes frei und öffentlich zur Schau tragen, andererseits richten sie sich genau gegen diese Grundwerte.

Ihrer Frage entnehme ich die Sorge über die derzeitige Stimmungslage in unserem Land, speziell in unserer Region. Auch diese teile ich mit Ihnen. Zu allem Übel hat sich die Stadt Bautzen zu einem überregionalen Hotspot der rechten Szene entwickelt. Vorwiegend junge Menschen kommen aus allen Bundesländern in unsere Stadt, skandieren lauthals ihre menschenverachtenden Parolen und schwenken ihre Fahnen. Das erzeugt in der Medienlandschaft natürlich entsprechende Bilder und bedient zudem jedes Klischee über den Osten unserer Republik. Ja, das drückt der Stadt einen entsprechenden Stempel auf. Ich bin dazu übrigens sehr intensiv mit der Polizei und dem Staatsschutz im Austausch.

Aus meiner Sicht braucht es endlich wieder eine starke Gemeinschaft, die sich gegen diesen Hass formiert. Es ist still geworden um die „Mitte der Gesellschaft“. Zu still. Die letzte nennenswerte Aktion liegt schon wieder ein Jahr zurück. Damals hatten sich viele Menschen vor dem Rathaus versammelt, um ihre Stimme für Freiheit und Demokratie zu erheben. Von solchen Aktionen braucht es mehr. Den wenigen Menschen, die immer wieder standhaft für unsere Demokratie Gesicht zeigen, gehört mein größter Respekt. Aber es sind zu wenige.

Die Stimmung in weiten Teilen unserer Bevölkerung ist schlecht, das steht völlig außer Frage. In vielen Belangen ist die Unzufriedenheit auch durchaus nachvollziehbar. Die vielen Krisenherde in unserer Welt und deutlich erkennbare Defizite in der Bundespolitik lassen sich nicht wegdiskutieren und sie hinterlassen teils deutliche Spuren bei allen Menschen in unserem Land. Dagegen darf und muss man sich auch äußern dürfen. Mündet ein solcher Protest aber in die pauschale Verurteilung von Ausländern, Andersdenkenden, Andersliebenden und sogar ehrenamtlich Engagierten, ist eine Grenze überschritten. Doch statt zu verurteilen, fühlen sich manche Menschen in ihren Sorgen verstanden – inzwischen leider auch bei Politikern der so genannten etablierten Volksparteien. Die „Sorgenverstehler“

haben gerade Hochkonjunktur. Nur menschenwürdige und gesellschaftsfähige Lösungsansätze kann ich gerade nicht wirklich erkennen.

In welcher Stadt wollen wir also leben? In welcher Stadt wollen Sie leben? Wie auch immer wir die Frage beantworten – wir dürfen nicht erwarten, dass unsere Erwartungen von anderen erfüllt werden. Wir müssen selber etwas tun – im Job, im Ehrenamt, auf der Straße. Lassen Sie uns standhaft bleiben!

Mit freundlichen Grüßen



Karsten Vogt
Oberbürgermeister